

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

**Verkaufsstelle:** Buchhandlung Dresden.  
**Brennerei-Gesellschaft:** 23 241.  
Für die Nachrichten: 20011.

**Bezugs-Gebühr** vom 12./1. bis 14./1. 1924 80 Gulden. Einzelnummer 15 Gulden.  
**Anzeigen-Preise:** Die Spalten werden nach Bedarf berechnet; die oberste Spalte des ersten Absatzes 30 Pf., die übrigen 20 Pf., die 10. Spalte des ersten Absatzes 10 Pf., die übrigen 8 Pf. Übermehl 5 Pf. Wenn, Beiträge gegen Verrechnung.

**Schriftleitung und Verlagsstelle:** Mariehofstraße 33/40.  
Verlag v. Neufahr & Reichardt in Dresden.  
Verlags-Nr. 1058 Dresden.

**Hotel Stadt Gotha**  
verbunden mit vornehmem Bier- u. Weinrestaurant  
Mittag- und Abendgedecke  
**Pilsener Urquell & Kulmbacher**  
Anerkannt vorzügliche Küche. — Fest- u. Unterhandlungsräume.  
August Kögel, Hofl.

**Rönigsdiele** 14 Stg. 14  
Vornehmes Restaurant

**Leinenhaus F. A. Horn Dresden-A.**  
Ferdinandstraße 3  
Dauendecken von M. 90.— an  
Steppdecken, doppelseit. Satin, m. Wollfüllung, von M. 35.— an  
Eigene Anfertigung Große Auswahl

## Der Pfalzstandal im Oberhaus. England gegen die künstliche Schaffung deutscher Staaten. Lord Curzon leitet die europäischen Schwierigkeiten aus der Ruhrbesetzung her.

**Lord Grens Oppositionsrede im Oberhaus.**  
London, 18. Januar. Im Oberhause erklärte Viscount Gren über die Einlegung von Vorschlägen zur Prüfung der deutschen Finanzlage durch die Reparationskommission, dass er dies als einen wirklichen Schritt vorwärts zur Lösung der Reparationsfrage begrüßen könne. Im übrigen sei es jedoch bedauerlich, dass keinerlei Fortschritte in der Regelung der europäischen Angelegenheiten gemacht werden könne, ohne ein Zusammenwirken der Alliierten und insbesondere der französischen Angelegenheiten. Er sei deshalb mit Besorgnis die wachsenden Schwierigkeiten einer solchen Zusammenarbeit, die ihre Ursachen hätten in der verschiedenen Ansicht der britischen und der französischen Regierung über die Ruhrfrage. Die Engländer nämlich meinten, dass die französische Politik nur zu verhängnisvollen Ergebnissen führen könne. Dasselbe gelte vom Separatismus in der Pfalz. Gren kam dann auf die europäische Lage im allgemeinen zu sprechen und äußerte große Besorgnis, dass man einer neuen Katastrophe zureite.

Die Schaffung von künstlichen Staaten aus dem Körper des Deutschen Reiches nicht von den Alliierten erzwungen werden dürfe.  
außer wenn eine solche Bewegung die wirkliche Stimmung der Bevölkerung darstelle. Es handelte sich zum großen Teil um von Unruhen begleitete Aktionen einer Gruppe von Abenteurern ohne Autorität, die nicht die Bevölkerung vertreten, noch ihren Willen zum Ausdruck brachten. Alle diese Pläne, gegen die sich die britische Regierung wandte, und die sie mit allem in ihrer Macht stehenden Mitteln entmuthete, seien allmählich zusammengebrochen. Man habe schon geglaubt, dass die Atmosphäre klarer werde, als man plötzlich im November von einer neuen Bewegung in der von französischen Truppen besetzten Pfalz hörte. Die Informationen der britischen Regierung gingen aber dahin, dass dort keinerlei Stimmung für eine Trennung vom Deutschen Reich bestand. Die Hauptrollen sowohl der römischen wie der protestantischen Kirche in der Pfalz, hätten dem alliierten Oberkommissar mitgeteilt, dass die Bewegung dem Geiste der Bevölkerung vollkommen fremd sei und dass die Unteroffiziere unter die Unabhängigkeitsbewegungen durch Drohungen erzwungen worden seien. Lord Kilmarnock habe daher nicht geglaubt, einen Vorstoß im Sinne der Pfalz zu machen, der auf die Anerkennung eines neuen Staates hinausginge, der so gut wie keine Grundlage hätte. Außerdem vertrete die britische Regierung die Ansicht, dass die Rheinlandskommission nur die Sicherheit der alliierten Truppen in besetzten Gebieten zur Aufgabe habe und sich nicht mit Politik zu beschäftigen habe. Die Regierung habe es weiter für notwendig angesehen, genau festzustellen, was vor sich gehe.

**Zur Reform der Weimarer Verfassung.**  
Von Freiherrn v. Friesen.  
Was noch vor zwei Jahren unmöglich erschien, ist jetzt zur Tatsache geworden. Man darf nicht nur von einer Reform leise sprechen, sondern sogar laut. Man darf sogar hoffen, dass es nicht nur beim Reden bleibt, sondern dass auch Taten folgen. Dort treffen die Meinungen aufeinander. Natürlich die Parteienmeinungen. Wie sollte es anders beim Deutschen sein: vom festen Parteistandpunkt aus wird alles „erlebiger“. Die Unionarier — die Föderalisten! schärfen durch den deutschen Wählerwahl.  
Jeder Deutsche, der etwas Politik treibt, fährt gern — soweit er nicht eingefleischter Antiburgeois ist — den einzigen wirklich politischen Deutschen, Bismarck, als Kronzeugen an. Und seltsam ist's: im Streite um die Weimarer Verfassung tun's beide Parteien. Die Unionarier sagen, dass in Bismarcks Sinne engste und festeste Fügung des Reichsbauwerks gelegen hätte. Wie hätte er auch dem Gemengsel der kleinen und mittleren Staaten neben dem großen Preußen, aus dem Chaos der widerstrebenden Gefühle, das diese nach kurz zuvor geführten Kriegen noch durchpulste, überhaupt ein deutsches Reich schaffen können, wenn er nicht Unionarier reinen Wassers gewesen wäre? Die Föderalisten aber weisen auf an, dass hin, was der Unionarier an der Verfassung von 1871 so sehr bemängelt: Schonung einzelstaatlicher Gefühle, Vertiefung von Bahn und Post, Ländermangeheit, militärische Reservatrechte, Gesundheitsrechte und dergleichen mehr.  
Bismarck aber hätte eben einen Standpunkt, der dem deutschen Parteilicht so gar nicht einleuchtet; dessen Mangel und heute von rechts nach links taumeln lässt, eine Einigung scheinbar — scheinbar! — widerstreitender Parteien verhindert; dieser Mangel hat und die inneren Kämpfe der letzten Jahre verschärft. Er hat ebenso Opfer zu unbefonnenen Maßnahmen getrieben, wie er die linken Kräfte dem äußeren Feinde in die Hand arbeiten lässt. Dieser Mangel hat und noch verschärfte geführt, da ein neues Reich-Votum nicht wieder möglich schien. Und steht in der Masse Bismarcks Standpunkt: Alles dient den Interessen des Deutschen Reiches — erkrähe nur das, was erreichbar scheint. Von diesem Standpunkt aus hat Bismarck auch Reich gehandelt, wenn es sich um den Plan des Deutschen Reiches und seiner Verfassung handelte, wobei der Norddeutsche Bund die Vorarbeit war. 1866 ging er hart vor. Er hatte die Macht des Siegers und näherte sie weiß. Preußen runde er ab und machte es hart zu künstlicher Führerschaft. Den damals verschwundenen Staaten tratener heute doch nicht mehr allzu viele nach. Sachsen schonte er. Zur Abrundung Preußens war es bei weitem nicht so nötig wie Hannover. Die Schonung Sachsens aber erblickt die aufstrebenden süddeutschen Staaten „in guter Hoffnung“, derentwegen nicht auch einmal von Preußen gelobt zu werden. Andererseits legte Bismarck Sachsen Bedingungen auf, die er 1871 keinem anderen Königreiche bei der Aufnahme ins Reich zumute. 1871 beileiten die Süddeutschen Rechte, die zum Teil weit über die der alten norddeutschen Staaten hinausgingen. Hier tat Bismarck manches, was heute den Föderalisten freud, den Unionarier schmerzt. Doch notgedrungen tat er's; nur erst das zu erstreben galt's, was erreichbar schien; nur erst den Beitritt der Süddeutschen erreichen, das weitere würde sich dann wohl schon finden. Seine ganze Amtsdauer als Reichskanzler aber bietet Beispiele dafür, wie er jederzeit abgewogen hat, welche unitarische Verwirklichung dem Reiche vonnöten wäre, ohne das Verhältnis zu den Ländern zu stören.

**Lord Curzon,**  
der im Oberhause nach Viscount Gren das Wort ergriff, gab zunächst seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Regelung der Ruhrfrage sich als befriedigend erweisen werde.  
Ueber die allgemeine europäische Lage sprechend, erklärte Lord Curzon, die Schwierigkeiten, denen man gegenübergestellt worden sei, seien aus der Ruhrbesetzung entstanden. Die britische Regierung hätte es beinahe abgelehnt, irgendeine Verantwortung dafür zu übernehmen, und sei auch heute nicht bereit, daran teilzunehmen. Die Voraussetzungen, die sie seinerzeit über die Ergebnisse dieser Besetzung gemacht habe, hätten sich, wie zu befürchten war, mehr als erfüllt. Trotzdem sei die britische Regierung ebenso wie Viscount Gren der Ansicht gewesen, dass man zu einer Regelung der europäischen Fragen kommen könne nur bei Aufrichtung der Einheit. Während der letzten Jahre habe sie Handhabe und angestrengte Bemühungen in dieser Richtung unternommen. Curzon gab weiter der Zuversicht Ausdruck, dass die beiden von der Reparationskommission gebildeten Ausschüsse eine weisse und rothmännliche Prüfung der allgemeinen Lage vornehmen und einen Bericht abgeben würden, der zu einem Schritt vorwärts in der Lösung der Reparationsfrage führen werde. Ueber die sehr beunruhigende Pae in der bayerischen Pfalz führte Lord Curzon aus: Auch er sei der Ansicht Grens, dass

und da sei eine schwere Zeit der Mißverständnisse mit den Franzosen entstanden, die aber, wie er hoffe, beigelegt werden könnten. Die Regierung habe Lord Kilmarnock aufgegeben, einen seiner Offiziere zur Untersuchung der Lage in die Pfalz zu entsenden. Da die Franzosen dagegen aus technischen Gründen Einwand erhoben hätten, habe man den britischen Generalkonsul in München angewiesen, die Pfalz zu besuchen. Wiedem habe aber die französische Regierung eine Haltung eingenommen, die er, wie er bemerken müsse, nicht in der Lage sei, zu verstehen. Die Franzosen hätten erklärt, dass es für ihre Pflicht halten würden, dem britischen Vertreter einen französischen Offizier anzuattachieren. In dem von britischen Truppen besetzten Gebiete aber gingen französische Offiziere in beliebiger Zahl ein und aus, denen die Engländer jede Erleichterung gewährten, die sie gewähren könnten. Dies sei der gegenwärtliche Stand der Angelegenheit.

Die Weimarer Verfassung hat man in die Scheuern des Reiches eingeholt, was nur einzuheimen war. Das Bismarck aber nicht die ganze Verfassung erfreut hätte, bedarf wohl keines Wortes. Erinnert sei nur an den unglücklichen Preussischen Plan, die Verfassung Preußens zu erleichtern. Wie sehr dies allen geübten menschlichen Begriffen von der Anziehungskraft eines starken Zentrums auf kleine äußere Teile widerspricht, ist wohl auch jedem Nichtpolitiker klar. Hier sprach und schrieb tiefgründig, theoretischste Weltfremdeit unbefonnene Tölpel. Jede Parteidoktrin jubelte dazu. Ein Keim zur Auflösung des Reiches war hier von — Unionariern gelegt, der dank der Besonnenheit des Volksganzen bisher nicht aufging.  
Deute stehen wir unverkennbar — es hat keinen Zweck, Vogel Strauß zu spielen — wieder an einem Wendepunkt unserer Verfassungsgegeschichte. Gewisse Reformforderungen müssen und werden erfüllt werden. Alles kommt nur darauf an, bei ihrer Bearbeitung den richtigen Standpunkt einzunehmen. Der Centralismus des neuen Deutschen Reiches hat zu einem gewissen Zusammenbruch geführt. Neben dem

### Der englische Pfalzkommissar in Speyer.

Die Bevölkerung der Pfalz lehnt den separatistischen Berral schroff ab.  
Speyer, 18. Jan. Auf Wunsch des englischen Generalkonsuls Elve waren bei seinem gestrigen Besuch in Speyer vom Bannkreuzmeister Dr. Bollmer die Vertreter der pfälzischen Städte und Gemeinden sowie die Geistlichkeit geladen, um über die durch die Verfassung der Separatisten in der Pfalz geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Auch diese Besprechung ergab einwandfrei, dass die gesamte pfälzische Bevölkerung den Separatisten schroff ablehnend gegenübersteht und dass die separatistische Bewegung in der Pfalz nur dadurch am Leben gehalten werden konnte, dass die französischen Besatzungsbehörden diese Bewegung in jeder Weise unterstützten. Großen Raum in der Besprechung nahm die Frage der von verschiedenen Landbürgermeistern unter Androhung von Gewalt erprechten Lokalitätsdeklarationen für die separatistische Regierung ein. Es wurde die Art und Weise, wie diese Lokalitätsdeklarationen erprecht wurden, geschildert und mitgeteilt, dass die meisten Landbürgermeister so zu dem Zweck gezwungen wurden die unter Androhung von Gewalt abgegebenen Erklärungen widerrufen haben. Die Verantwortlichen die Separatisten vorgeworfen waren, zeigte auch die Schilderung der beim Einzug der Separatisten in Speyer auf dem Hauptpostamt vorgenommenen Plünderungen. Die Separatisten hätten die Postbeamten verlastet und plündernd in sämtliche Pakete, während französische Soldaten vor dem Postgebäude Wache hielten und dadurch die Plünderer schützten.  
Generalkonsul Elve hat heute seine Informationsreise durch die Pfalz fortgesetzt. Im hiesigen Amtsgerichtsgebäude werden von den Separatisten zurzeit über 40 Personen festgehalten. Die Behandlung der Gefangenen hat sich verschlechtert. Jeder Besuch von Familienangehörigen ist strengstens verboten. Weitere 15 Finanzbeamte sind von den Separatisten aus der Pfalz ausgewiesen worden. (A. T. D.)

### Berfedte Drohungen Sasbars.

Der Minister fürchtet für Belgiens Sicherheit.  
Brüssel, 18. Jan. Der Minister des Aeußeren erklärte während der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußeren im Senat, die allgemeine Politik der Regierung werde vor allem von der deutschen Frage beherrscht, die sich aus zwei Teilen zusammensetze, nämlich aus der der Reparationen und aus der der Sicherheit. Er sagte, die Reparationen sind für die Lage Belgiens unumgänglich notwendig. Wir haben alles getan, um nicht in umgängliche Notwendigkeit zu geraten, um nicht in Frankreich das Ruhrgebiet einzumarschieren. Ebenso wie Frankreich haben wir keine imperialistischen und militaristischen Hintergedanken; wir haben uns einfach bemüht, Deutschland zum Handeln zu zwingen. Die am 11. Januar 1923 angenommene Politik hat keinen Erfolg gebracht. Indem das Deutsche Reich auf den passiven Widerstand verzichtete, hat es die Sicherheit der belgischen Grenzen in der Besetzung zu verlieren lassen.  
Wenn aber das Deutsche Reich glaubt, dass wir die von uns besetzten Gebiete räumen werden, bevor das Werk der Gerechtigkeit verwirklicht ist, dann täuscht es sich.  
Ich zweifle nicht daran, dass die gegenwärtig verammelten Sachverständigen in den belgischen technischen Studien Mittel zur Lösung des Problems finden. Belgien muß seine Eigenart wahren; es muß an dem System teilnehmen, das die europäische Einheit aufrechterhält, dank welcher der Frieden gewonnen wurde und aus dem Frieden gewonnen werden wird. Die Aufrechterhaltung der weltlichen Einheit ist für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens unumgänglich notwendig. Der Minister gab dann der Hoffnung Ausdruck, dass Belgien ähnlich wie mit Frankreich mit England einen Vertrag zu schließen werde, und außerdem einen Vertrag zu brechen, der den Frieden sichere. So dann beabsichtigt er, die Absichten des Deutschen Reiches überprüften bei rechtens vom Reichsminister Vertrauen gezogenen Ratmen. Die Kontrolle der Entwaffnung sei wesentlich, und Belgien werde alle in dieser Hinsicht notwendigen Maßnahmen treffen.

### Der englische Pfalzkommissar in Speyer.

Die Bevölkerung der Pfalz lehnt den separatistischen Berral schroff ab.  
Speyer, 18. Jan. Auf Wunsch des englischen Generalkonsuls Elve waren bei seinem gestrigen Besuch in Speyer vom Bannkreuzmeister Dr. Bollmer die Vertreter der pfälzischen Städte und Gemeinden sowie die Geistlichkeit geladen, um über die durch die Verfassung der Separatisten in der Pfalz geschaffene Lage Bericht zu erstatten. Auch diese Besprechung ergab einwandfrei, dass die gesamte pfälzische Bevölkerung den Separatisten schroff ablehnend gegenübersteht und dass die separatistische Bewegung in der Pfalz nur dadurch am Leben gehalten werden konnte, dass die französischen Besatzungsbehörden diese Bewegung in jeder Weise unterstützten. Großen Raum in der Besprechung nahm die Frage der von verschiedenen Landbürgermeistern unter Androhung von Gewalt erprechten Lokalitätsdeklarationen für die separatistische Regierung ein. Es wurde die Art und Weise, wie diese Lokalitätsdeklarationen erprecht wurden, geschildert und mitgeteilt, dass die meisten Landbürgermeister so zu dem Zweck gezwungen wurden die unter Androhung von Gewalt abgegebenen Erklärungen widerrufen haben. Die Verantwortlichen die Separatisten vorgeworfen waren, zeigte auch die Schilderung der beim Einzug der Separatisten in Speyer auf dem Hauptpostamt vorgenommenen Plünderungen. Die Separatisten hätten die Postbeamten verlastet und plündernd in sämtliche Pakete, während französische Soldaten vor dem Postgebäude Wache hielten und dadurch die Plünderer schützten.  
Generalkonsul Elve hat heute seine Informationsreise durch die Pfalz fortgesetzt. Im hiesigen Amtsgerichtsgebäude werden von den Separatisten zurzeit über 40 Personen festgehalten. Die Behandlung der Gefangenen hat sich verschlechtert. Jeder Besuch von Familienangehörigen ist strengstens verboten. Weitere 15 Finanzbeamte sind von den Separatisten aus der Pfalz ausgewiesen worden. (A. T. D.)